

Rudolf Mühlbauer  
Camerloherstraße 7  
85737 Ismaning

01.03.2022

Einschreiben mit Rückschein

**Persönlich**

Frau  
Dr. Ute Haase  
Mitglied des Vorstandes der DAK-Gesundheit  
Nagelsweg 27 – 31  
20097 Hamburg

**zusätzlich per Email**

Vorstandsmitglieder  
Verwaltungsratsmitglieder

**Ihre Verantwortung als neues Mitglied im DAK-Vorstand**

Sehr verehrte Frau Dr. Haase,

als Betrugsgeschädigter weise ich darauf hin, dass Sie mit dem Antritt (01.03.2022) als neues Mitglied des Vorstandes der DAK-Gesundheit auch die Verantwortung für die tägliche Geschäftspraxis der DAK-Gesundheit übernehmen.

Wurde Ihnen vom Verwaltungsrat oder den Vorstandskollegen offenbart, dass die DAK seit 2004 ohne gesetzliche Basis Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von Versicherten aus deren privaten Sparerlösen aus Kapitalversicherungen erhebt mit der betrügerischen Behauptung diese seien „wegen eines Bezugs zum früheren Arbeitsleben verkappte“ Betriebsrenten?

Einzelheiten zum „größten Skandal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland“ sind öffentlich <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Startseite/>.

Ist Ihnen bekannt, dass der Petitionsausschuss des Deutsche Bundestags offensichtlich kalte Füße vor der vor 18 Jahren etablierten und seitdem ständig erweiterten massiven Kriminalisierung der Justiz bekommen hat, dass den Politikern nun langsam ihre gesteuerte Kriminalität der gesamten Justiz unheimlich wird und sie ein Zurückrudern begonnen haben? (Protokoll des Petitionsausschusses Prot Nr. 19/85 zur Petition Pet 2-18-15-8272-003156 S. 35-46 (131)). Der Petitionsausschuss stellt fest, dass es auch **private Altersvorsorgeverträge** gab bzw. gibt für deren Vertragserfüllung der Arbeitgeber haftungsrechtlich in keinster Weise einstand bzw. einsteht und die deshalb auch keine Betriebsrenten bzw. Versorgungsbezüge sein können. Auffallend ist weiterhin, dass es **Aufgabe der jeweiligen Krankenkasse** ist, den konkreten Umfang beitragspflichtiger Einnahmen zu bestimmen (was auch heißt, dass der Verweis der DAK auf die betrügerische Meldung von Versorgungsbezügen durch die Lebensversicherungsgesellschaften, in meinem Fall die R+V Lebensversicherung AG, kein Beweis ist; es zählt allein der Versicherungsvertrag). Am 25.02.2021 wurde die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses durch das Plenum des Deutschen Bundestages angenommen.

Weitere Details können Sie dem Strafantrag gegen die Verantwortlichen der DAK-Gesundheit, der Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg sowie den Schreiben an den Generalstaatsanwalt Dr. Fröhlich, Hamburg entnehmen - <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenznummer **IG\_K-JU\_2740 bis 2749**.

Wird Ihnen, als neuem Vorstandsmitglied und Nachfolgerin des Dr. Hajo Hessabi, vielleicht auch „unheimlich“ und sind Sie, wie die Politiker als oberste Verantwortliche der staatlich organisierten Kriminalität, auch für ein „Zurückrudern“?

Mit freundlichen Grüßen



Rudolf Mühlbauer